

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.10 Mark, vierteljährlich
3.50 Mark, durch die Post 3.85 Mark
auswärtig 4.00 Mark. Bestellungen
werden von allen Reichspostämtern
angenommen. Im amtlichen
Zeitungsdienstleistungen unter
Bezugspreis eingetragene, für un-
verändert eingetragene Monatspreise
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Jahres-Bezugspreis Nr. 1140,
der Posten-Bezugspreis Nr. 1142,
der Bezugs-Preisliste Nr. 1133,
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Geschäftsstellen
über deren Raum mit 50 Pf. bezogen
und in anderen Pauschalpreisen
und allen Anzeigen-Bestellungen ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 III.
Schlag der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Pauschalpreisen
von Anzeigenbestellungen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinung täglich einmal
Sonntags ausgenommen.
Erscheinung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, De. Brauhausstraße 17,
Haupt-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 225.

Halle, Dienstag, den 15. Mai

1917.

Auf dem Wege zum Koalitionsministerium? Gutschkows Rücktritt.

Die Erfolge des Tauchboot-Krieges.

WTB. Bern, 13. Mai. Die Lebensmittelfrage und der Tauchbootkrieg bilden die Hauptgegenstände der Debatte in beiden Häusern des englischen Parlaments am 8. Mai. Im Oberhause tablete Lord Balfour an der Regierung, daß ihre Maßnahmen darüber, ob das Land durchhalten vermöge, ebenso widerprüflos seien wie ihre Lebensmittelverordnungen. Doch bezog sich hauptsächlich die Lage der Schifffahrt als sehr ernst und betonte, daß die Tauchboote aus verschiedenen Gründen noch gefährlicher werden würden. Der Nahrungsmittelkontrollleur Demopont sagte, die Regierung treffe Maßnahmen, die verfügbare Tonnage für unzugänglich netzwerke Güter darzustellen. Sofort die Verheerungen der Tauchboote ein gewisses Maß an Wohlstand nicht übersteigen würden, würde man hinsichtlich des Brotgetreides mit gleich befriedigenden Referenzen bis zur nächsten Ernte durchhalten. Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung sei die Lage günstig. Eine Zwickmühle sei, falls sich der Verkehr in vernünftigen Grenzen halte, schwerlich zu durchsetzen. Die Kontrolle an Postämtern seien größer als im Vorjahr. Ueber die Frage, ob die Einführung der Zwangsrationierung beschlossen sei, verriet er es, daß offen auszusprechen Lord Milner erklärte im Namen des Kriegsministeriums, die Regierung werde zur Zwangsrationierung nur in jenen Fällen, wenn eine unausweichbare Notwendigkeit vorliege.

Im Unterhause erklärte Butt, die Statistiken der Väter wiesen im April eine 4prozentige Abnahme der Brotverkäufe gegenüber März auf. Diese Tatsache sei aber nicht ausreichend, um von einer Zwangsrationierung abzusehen, falls sie aus anderen Gründen notwendig erseheine.

WTB. Bern, 14. Mai. Clemenceau spricht im „Somme Echo“ seine Erfahrungen aus, daß das französische Marineministerium immer noch Wochenstücken über die Schiffsbauarbeiten in französischen Häfen verurteilt, die dazu angeht seien, die Ergebnisse des U-Boot-Krieges, die unheimlich und geradezu katastrophal seien, zu verheimlichen. Clemenceau berichtete ebenso über die von der Entente getroffenen Abwehrmaßnahmen, die bisher durchaus ungenügend gewesen seien. Man müsse sich fragen, wo die französischen U-Boote blieben, während die deutschen sich bis in die Giebelnwindung hineinwagten, und ferner, ob die französischen Häfen nicht wie die deutschen durch einen Minenortel geschützt seien.

WTB. Haag, 13. Mai. Der „Nieuwe Courant“ begrüßt die Wiederannahme des belgischen Stützwerkes und rühmt die Erfolge des Tauchbootkrieges. England und Deutschland hätten die Hollen geschwächt. Jetzt beherrschte Deutschland mit den Tauchbooten die See. Alle englischen Verträge, sich die U-Boots-Methoden vom Leide zu halten, seien vergeblich gewesen. Die jubelnde Freude des Reichstages über die U-Boots-Erfolge, sowie seine Heberzeugung, daß England bald werde Frieden machen müssen, könne nicht befremden.

Die ganze Brauerie in England eingezogen.
Amsterdam, 12. Mai. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London, daß die Regierung die gesamten Getreidevorräte, die in Besitz der Brauereien bestanden, eingezogen hat.

Die Versenkung der Höfen und der Unterseebootkrieg.

Wiederholt hat die englische Regierung versprochen, die Befreiung der Höfen, Pöde und Lagerbeständen durch wirksame Maßnahmen abzuwehren. Doch es ist auch hier um leere Versprechungen gehandelt hat und daß die Versenkung der Höfen gerade im Zusammenhang mit der Seeperre sich immer stärker fühlbar macht, zeigen die lebhaften Klagen darüber, daß Schiffe mit Ladung von einem Hafen Englands zum anderen geschickt wurden, weil nichts die entsprechende Möglichkeit für die rasche Lösung der Ladung bestand. Zu diesem Zusammenhang ist ein Brief bemerkenswert, welchen der parlamentarische Sekretär des Schiffbaukomitees auf eine Anfrage an ein Parlamentsmitglied richtete, der Abgemordete hatte sich über die Desorganisation der Höfen beklagt, weil einzelne Schiffe sich durch das System des Hin- und Herbewegens der Versenkung hatten auszuheilen müssen. In dem Antwortschreiben, welches er erhielt, wurde gesagt: „Dah in den letzten Wochen zwei Schiffe, welche einen bestimmten Hafen angefahren hatten, kurz nach Verlassen besetzt versenkt worden sind, ist nicht der Fall; aber es ist unglücklicherweise richtig, daß ein Schiff, welches ungefähr 1500 Tonnen Nahrungsmittel enthielt, in der angegebenen Weise für England verloren worden ist. Und es ist richtig, daß ungefähr von sechs Wochen sich ein ähnliches Fall ereignete, als ein Schiff verloren ging, welches ungefähr 2000 Tonnen Nahrungsmittel enthielt.“ Die

WTB. Petersburg, 14. Mai. (Reuter.) Kriegsminister Gutschkow ist zurückgetreten.

Der Rücktritt Gutschkows bringt keine Ueberraschung. Seine Stellung war durch die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates unhaltbar geworden. Wiltkows Rücktritt ist damit gleichfalls unumgänglich geworden, da er nun keine Stütze mehr hat. Die Bildung eines Koalitionsministeriums mit einigen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates gewinnt damit — trotz der Ablehnung des Vorschlages im Ausschuss dieser Regierung — an Wahrscheinlichkeit, sicher aber ist dieser Weg noch nicht.

Man darf gespannt sein, den Anlauf sein, der den letzten Anstoß zu Gutschkows Rücktritt gab. Erst wenn man ihn kennt, wird sich die Situation mit größerer Sicherheit beurteilen lassen. Die Rede, die der abgetretene Kriegsminister, wie wir gestern im Abendblatt berichteten, im Arbeiter- und Soldatenrat hielt, ließ darauf schließen, daß er selbst noch nicht an seinen baldigen Rücktritt glauben wollte.

WTB. Amsterdam, 14. Mai. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge meldet der Petersburger Berichterstatter des „Daily Express“, daß die Klage des Kriegsministers Gutschkow über die zunehmende Gefährlichkeit in Rußland besonders deshalb von großer Bedeutung ist, weil der Vertreterauschuss der Arbeiter und Soldaten keine Befugnisse als Regierungsgewalt überträgt und sich mit Hilfe der Petersburger Telegraphen-Agentur mit den auswärtigen Regierungen in Verbindung setzt. Die „rote Garde“ von bewaffneten Meutereien habe vorzugehen, einen organisierten Militärdienst im Leben zu setzen, um unabhängig vom Vertreterauschuss der Arbeiter und Soldaten einzuschreiten, wo es die Regierung für notwendig hält.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Erfolglose französische Teilvorstöße.
WTB. Berlin, 14. Mai, abends. (Amtlich.) Weshalb keine Weiterentwicklung in den Kampfzonen im Westen. Bei Gemelle, Corben und Berraus-Bar blieben französische Teilvorstöße erfolglos.

Amtliche Meldung des Admiralstabes.

Ein französischer Truppentransport versenkt.
WTB. Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) Ein ungerer im Mittelmeer operierendes U-Boot, Kommandant Oberleutnant zur See Vamborg, griff am 30. April den französischen Transportdampfer „Colbert“ (5894 Tonn.) mit Truppen und Kriegsmaterial von Marseille nach Salonik an, unterwegs vor dem Kanal von Gattico an und brachte ihn durch Torpedotreffer innerhalb fünf Minuten zum Sinken. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Die 10. Isonzo-Schlacht.
WTB. Wien, 14. Mai. (Amtlich) wird verlautbart: Deftlicher und blutiger Kriegsschauplatz. Anwesenheit.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Militärzeitung am Abend geht ohne Unterbrechung fort. Das italienische Heer kämpfte mit großer Stärke. Die italienische Infanterie verlor die Hauptkämpfe gegen einen unserer Höhenpunkte. Sie wurde durch ungenügend ausreichende Gegenwehr gemindert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Letzte Depeschen.

Wiederauslaufen von Privatversicherungen nach dem Kriege.

WTB. Berlin, 14. Mai. Der Hauptauschuss des Reichstages nahm mit Zustimmung des Staatssekretärs des Innern die von Reichstagsmitglied Herrn Baumgarten eingebrachte Resolution an, das Ministerium für Privatversicherung solle ermächtigt werden, das Wiederanstehen ersicherter Versicherungen von Kriegsteilnehmern und anderen infolge des Krieges in Schwierigkeiten geratenen Versicherten herbeizuführen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

„Morning Post“ vom 4. Mai 1917 teilt den Inhalt dieses Briefes mit und fügt die Bemerkung hinzu, daß in den betreffenden Häfen für Schiffsreparaturen keine Gelegenheit werden müßten, sobald die Unterseebootsfahrer als ernst erkannt wurde. Die „Morning Post“ hat völlig recht. Die englische Regierung hätte noch für vieles andere sorgen müssen, was jetzt England bitter tut.

England am Ende seiner Kraft.

Am Rande der Hungersnot.

T. U. Amsterdam, 14. Mai. Die Ansicht aller Kreise ist, daß die Engländer erschöpft sind und daß sie die Entscheidung auf das folgende Jahr verschieben. Gegen die beabsichtigte Einberufung des nächsten Referendums jahrganges herrschte starke Opposition, so daß die englische Regierung sie nicht durchzuführen wage. Transporte nach Saloniki werden der englischen Regierung fast unmöglich, daß in politischen Kreisen die Meinung herrscht, die gegenwärtige Offensive Sarraill sei eine Vorbereitung zum Abzug der Sarraill-Armee. Liberale englische Politiker äußern, daß die Verbandsmächte den Krieg verloren haben, weil Rußlands militärische Macht nicht wieder aufzubauen sei. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland seien gegen den Krieg und arbeiten auf die Ruhe im Innern hin. Wegen Lord George wurde die Opposition in liberalen Kreisen zusehends härter. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in England überzeugen die Massen immer mehr von der Wirkung der deutschen U-Boote. „Labour and Leader“ schreibt, daß die Liberalen jetzt Gelegenheit hätten Lloyd George zum Rücktritt zu zwingen und die Kabinetsführung selbst zu übernehmen. Lloyd Georges Theorien hätten bisher nirgendwo Erfolg gehabt. England sei an den Rand der Hungersnot geraten und gebe dabei den kleinen Küstern pumpen, um seine Finanzen im Gang zu erhalten. Das von Lloyd George geleitete Volk sei im Ernüchteren.

Das Eingekündnis der Schwärze.

T. U. Stockholm, 14. Mai. Die „Times“ sprechen die Ansicht aus, daß es ohne neue Schritte unmöglich sei, an der Westfront einen entscheidenden Schlag zu führen.

Die Stimmung in Paris.

T. U. Berlin, 13. Mai. Aus Frankfurt am Main wird der „Schlesischen Zeitung“ gedruckt: Mit jedem Tage wird die Stimmung in Paris ungeschickter der geringen Fortschritte der Offensive im Westen neuwies. Die Stilllegung der amtlichen Kriegsberichte mit ihrem langen Hohlwortschwall und ihre Aufzählung unbekannter Vorname ist dem ungeschickten Zeitungslieser ein schlagender Beweis für die Tatsache, daß weder bei Arras noch bei Reims irgendwelche praktischen Erfolge erzielt wurden. Für die unmaßstäblichen Massenmengen, die in den amtlichen Kriegsbulletins vorfinden und die Fortschritte der französischen Offensive vorfinden sollen, hat das Publikum kein Verständnis. Die öffentliche Meinung und die Presse schieben die Schuld an dem Mislingen der Operationen der militärischen Unfähigkeit des Kaisers und Rußlands zu, durch welche die ganze militärische Kraft aus den Schultern Frankreichs rieb. Man zweifelt in Paris nicht daran, daß Hindenburg in der Lage war, infolge des „Schwarzen Waffenstillstandes“ im Osten mindestens eine Million Soldaten von Osten nach Westen zu senden und so die englisch-französische Offensive zu vereiteln. Da alle Artillerie nicht rüstet, ist jetzt der königliche Refrain der Kaiser: Besse! geworden.

3:1.

c. B. Karlsruhe, 14. Mai. Der Stellvertreter des „Secolo“ schreibt, daß im Westen der Deutschen eine tiefere Ueberzeugung gegenüber steht. Man müsse annehmen, daß das jetzt keine heftige Schlapppe vorliege, und daß auch keine Anzeichen bemerkbar seien, die auf eine baldige Niederzwingung der Deutschen schließen ließen.

Rußland.

Ministerialrat 10. Mai.

WTB. Bern, 14. Mai. Der „Marin“ meldet aus Petersburg, die Zentralstaatsgerichtsammer von Petersburg habe den Mindestlohn für die Arbeiter auf 12 Franken täglich festgesetzt. Der neue Lohnsatz solle sofort in Kraft treten.

Russische Anwartschaften.

WIB. Amberg, 19. Mai. Das Russische Bureau meldet aus Petersburg: Eine Bande von etwa 30 Anarchisten aus Frankreich und Schüsselburg, die sich Gesehnen, Kriemhildern und Bomben bemächtigten, war, setzte sich in den Besitz des Hauses des Herzogs von Mecklenburg in der Nähe des Marienbades, um darin ihr Hauptquartier aufzuschlagen. Sie weigerte sich trotz einer Befehlsung des Aufsehers und Soldatenrates, das Haus zu verlassen. Der Reichskommandant hat das Haus von Truppen umstellen lassen. Nach einer weiteren Depesche hat der Kommandant von Petersburg General Kornilow seine Entlassung gegeben.

„Republik Kottoma“.

Die „Köln. Ztg.“ erzählt aus Stockholm: Die Abgeordneten der Duma für Kottoma teilten mit, daß dort die Republik erklärt worden sei. Kottoma hat 40 000 Einwohner. Es hat sich ein vorläufiger Volksanhang gebildet. Die Gründung ist beabsichtigt für die Küsten über alles gehende Idee der Verfassung über den Grundbesitz.

Drohende Hungersnot in Finnland.

WIB. Kopenhagen, 13. Mai. Nationalabende“ meinet aus Stockholm: In allen finnischen Provinzen wird ein Aufbruch der Bevölkerung gegen die Herrschaft der Aristokratie zu sehen. Die Bevölkerung wird sich gegen die gemeinlichen Anstrengungen aller Bürger Finnlands zur Bekämpfung der Hungersnot setzen, da der Getreide-Einfuhr aus Rußland sich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die finnische Presse teilt mit, daß englische und französische Agenten an der schwedisch-finnischen Grenze jeden Briefwechsel, der ihnen verdächtig vorkomme, zu hindern suchen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Aus russischen Archiven.

WIB. Berlin, 14. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wie aus Bukarest gemeldet wird, haben dort die deutschen Behörden einen ganzen Stoß geheimer diplomatischer Akten vorgefunden, die einen interessanten Einblick geben in das Treiben gewisser russischer Vertreter im Ausland, die mittels tendenziöser oft geandeter falscher Nachrichten, die von den russischen Diplomaten bezogen, alles aufzuwickeln hatten, um Rumänien in den Krieg gegen die Mittelmächte zu ziehen. Einer der wichtigsten in dieser Richtung war der frühere Gesandte in Sofia Derwisch. Er hat sich in seiner Berichterstattung häufig so sehr mit den handgreiflichen Tatsachen in Widerspruch gesetzt, daß sie ganz wie bestickte Arbeit aussieht.

Einbruchversuch in das deutsche Konsulat zu Bern.

Wie der Berner „Bund“ berichtet, wurde gestern nach ein Einbruch in das deutsche Generalkonsulat verübt. Bei dem Einbruch entdeckten die Nachwächter zwei unbekannte Männer, die sich in dem Konsulat hatten verschließen lassen. Die Nachwächter nahmen sofort die Verfolgung auf und schloßen auf die Eingelassenen, ohne sie jedoch zu treffen, so daß es ihnen gelang, unerkannt aus dem Gebäude zu fliehen.

Die Kriegserklärung an Deutschland in der chinesischen Kammer.

Beif. 13. Mai. „Panos“ berichtet aus Peking: Eine Resolution zugunsten der Kriegserklärung an Deutschland wurde gestern in der Chinesischen Kammer eingebracht. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, ohne daß ein Einfluß gemacht wurde. In den Straßen fand inzwischen eine Kundgebung für den Krieg statt. Polizei mußte einschreiten. Dieser Versuch, das Parlament zu beeinflussen, könnte eine Ministerkrise mit sich bringen. Der Ackerbauminister hat bereits demissioniert. Andere Minister sind bereit, seinem Beispiel zu folgen. Die Opposition gegen die Kriegserklärung dürfte auf das Militärwesen gegenüber der Militärpartei zurückzuführen sein, deren Führer der Premierminister ist, welcher im Bedacht steht, die Militärpartei wieder aufzurichten zu wollen. Wie es heißt, würde ein neues Kabinett, das der Kammer genehmigt, keine Schwierigkeiten haben, den Eintritt Chinas in den Krieg durchzuführen.

Tobias Wilders Weg zur Höhe.

Roman von **Benno v. Krahl.**

5. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Berlens Neugierde war reg geworden. Da trat Sommerbauer einige Schritte näher und rief mit freudig-strahlendem Gesichte: „Heim komm er! Der Herr Karl! Reich schon morgen. Er hat's in's Vollmeiher tegalährt, daß a Wagen bei der Bahn sein muß. Und die Wäffer sind beim Zubereitern, daß man sich auf's Rad auf's Rad. Und freuen wir's mich, daß wieder a Herr ins Haus kommt, und daß wieder a Leben anfangt, wie sich's gehört. — Na, obes, Herr!“

Er hatte das mit erfrischer Freude hervorgegründelt, drehte sich auf dem Absatz um und rannte auf der Straße nach Altenberg weiter. Lachend sah ihm Berlens nach.

Daniel nahm eine Zigarre aus der Tasche und schnitt sie ab. „Ist der Mensch nicht ganz bei Trost, Papa“, wandte er sich an Berlens, „oder ist er betrunken?“

„Der?“ Berlens setzte sich in einen Strohsessel und streckte bequemer die Beine vor sich. „Der ist betrunken und noch einer von den Geksten, die an Haus, Hof und Herrn hängen wie an etwas Feilgem.“

„Hui!“ Daniel brannte die Zigarre an. „Man hört nie sprechen von diesem Herrn Karl, Gutes und Schlechtes. Aber obwohl ich nun eine schöne Zeit hier bin, werde ich nicht recht klug daraus. — Heißt er was oder heißt er nichts?“

Berlens machte kleine Augen. „Heizen? Das ist so eine von den Fragen, auf die der ehrfröhliche Mann keine Antwort geben kann. Das Karsblatt der Menschenwerte ist noch nicht erschienen. Heber Daniel, daß man nachsehen könnte. Für die einen ist ein Vermögen, was für die andern ein Spasmodium ist. Und vor der obersten Finanzbehörde, irgendwo im Himmel droben, sind wir alle zusammen nur schlechte Schelmenkinder. Und Karl? Da hast keinen Vater gekannt — da kannst du dir leicht ein Bild vom Sohn machen. Nimm nur in allem das Gegenteil! Der Alte besonnen und ruhig — der Junge wild und voll Anmut; der Alte maßvoll und gerecht — der Junge anstrengend und jähzornig; der Alte

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Mai.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, Graf v. Hoedern, Präsident Dr. Raumpf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Der Ergänzungsetat betreffend Ausbau des Gebäudes des Reichstagsinstituts wird, nachdem Abg. Raden (Zent.) namens des Hauptauschusses Annahme der Vorlage empfohlen unanheimend in zweiter Lesung angenommen.

zweite Lesung einer Novelle zum Kaiserfest.

Abg. Stöbe (natlib.): Ralf ist das einzige zur Verfügung stehende Dingemittel. Die Kalininindustrie leistet im wahren Sinne des Wortes Kriegsgeldbesitz. Sie befindet sich tatsächlich in einer Notlage. Die Werte arbeiten mit Unterlassung, da der Absatz nach Amerika fehlt. Mit der Freischöpfung geht eine Erhöhung der Besätze der Angestellten und Arbeiter Hand in Hand.

Abg. Sacht (Soz.): Wir erwidern unsere alte Forderung auf Hebernahme der Kalinerwerke aus dem Reich. Die angeforderten Zulagen genügen nicht, neue Lohnforderungen sind zu erwarten.

Abg. Gothein (Fr. B.): Nichtrentable Werte sollten zusammengelegt werden. Auch um die jetzt nicht ausreichenden Arbeitskräfte zweckmäßig zu verwerten. Ein Beweis für die Steigerung der Produktionskosten ist nicht erbracht.

Abg. v. Brodhagen (kon.): Die Kalininindustrie muß leistungsfähig erhalten werden. Nach dem Kriege muß im Interesse der deutschen Baluta der Export wieder einfließen. Ministerialdirektor Dr. Richter: Der sozialdemokratische Antrag würde das Ergebnis der jetzigen schiefsten Betriebsjahre für die Rohnerhältnisse festlegen.

Die durchschnittlichen Löhne durch Arbeiterauschüsse festzustellen, ist fast unmöglich. Es würde ein Antriebe in die Arbeiterkassen gebracht werden.

Abg. Arendt (D. Fr.): Wenn wir diesen Krieg durchhalten, so gehört auch der Kalininindustrie Dank. Wir müssen ihr in ihrer Not helfen. Ohne grundsätzlicher Monopolgegner zu sein, halte ich ein Kalinonopol für fast zweckmäßig. Die Arbeitslöhne müssen auch erhöht werden.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.): Eine Preisserhöhung für Ralf ist nicht berechtigt. Die Löhne sind ungenügend.

Abg. Brey (Soz.): Die geringe Verbesserung der Vorlage durch Veranschlagung der Arbeiterauschüsse darf nicht befürwortet werden.

Abg. Sacht (Soz.): Die Befestigung der Arbeiterauschüsse ist unzulässig.

Nach einigen weiteren Bemerkungen schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird in der vom Ausschuß beschriebenen Form angenommen, unter Annahme des erwähnten sozialdemokratischen Antrages.

Es folgt die 3. Lesung der Vorlage.

Abg. Dr. Arendt (D. Fr.): Nach dem Ergebnis der Abstimmung der 2. Lesung werde ich gegen die Novelle stimmen.

Die Vorlage wird endgültig nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen.

3. Lesung des Etats.

Beim Etat des Reichsamts des Innern führt Abg. Meerfeld (Soz.) an: Die alten Klagen über die Zensur bestehen noch immer. Die militärischen Behörden verneinen fast auf oft die Begriffe Redakteur und Redakt. Pressefreiheit ist eine notwendige Ergänzung des Parlamentarismus und des öffentlichen Lebens überhaupt.

Abg. Stresemann (natl.): Wie steht es mit dem Wiederaufbau unserer Sandelsstoffe? Ist bis zum Wiederaufbau des Reichstages eine Vorlage zu erwarten?

Staatssekretär Dr. Helfferich: Durch den Eintritt Amerikas in den Krieg wurde der von uns ausgearbeitete Gesetzentwurf infällig. Eine neue Vorlage wird dem Reichstage bei der nächsten Sitzung zugehen.

Abg. v. Bodenhausen (kon.): Wie steht es mit der Herstellung eines einseitigen Planes zum Ausbau der Wasserstraßen? Für das Kleinwohnungsweien müssen öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden; insbesondere ist der

Bau geheimer Wohnungen und die Anlage geheimer Straßenpläne von größter Bedeutung.

Die Kultur hätte als wichtiges Volkswirtschaftsmittel vollfrei zugestanden werden müssen.

(Boden.) Die vielen Kriegsgeländere sind die Schmelzhölzer der Befehrer. Durch ständige Bürgerwehren sollte eine gründliche Revision derselben in die Wege geleitet werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die wirtschaftliche Mobilisierung wird besser erst im Frieden erörtert. Die Tätigkeit des Kriegsausgleiches für Ersatzmittel ist vertriebsfähig. Kulturen sind als Volkswirtschaftsmittel nicht anzupreisen. Die Kontrolle der Kriegsgeländere wird in großem Stil durchgeführt werden. Mit dem Zweck des Antrages zur Förderung des Wohnungswesens bin ich einverstanden. Ein heute einseitiger Ergänzungsetat über die Wasserstraßen stellt die finanzielle Beteiligung des Reiches an den Bauarbeiten sicher.

Abg. Wieser (natl.): Die Kriegsgeländere sollten bald verschwinden, wenn sie auch viel Gutes geleistet haben. Ministerialdirektor Müller gibt Auskunft über den Umfang der Weineinfuhr.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Das Volk leidet unter dem Kriegswirtschaftswesen. Wie man fertig stellt Methode wie in Rußland, und man hat hier eine Schwärze vor dem elischen Norden. Zensur und Beschränkungsvorbehalt da helfen. Die Militär- und Militärdirektoren greifen immer tiefer in die persönliche Freiheit ein.

Staatssek. Helfferich: Die Rede des Abg. Dittmann ist der schlagendste Beweis dafür, daß der Kriegszustand nicht aufgehoben werden kann.

Soldat Rode liegen nicht im Interesse von Reich und Volk. Sie sind beileidig für das ganze Volk. Wir sind stolz auf die Zulagen, die vor dem Kriege bei uns herrschten. Der Arbeiter ist nicht stolz, daß das Volk die gewaltige Leistung geleistet hat. Ihm war es unermüdlich, daß die Arbeiter noch einigen Tagen zur Arbeit aufriefen. Wohl in keinem Falle wurde es versucht, die vorzutragenden Fälle auf dem Reichstage ordnungsmäßig zu erledigen. Da muß ich ein Eingehen auf die einzelnen Fälle ablehnen.

Abg. Hansen (Däne): Gegen die dänische Presse in Nordschleswig wird mit allen Mitteln angegangen, auch gegen kirchliche Blätter rein erbaulichen Inhalts. Ministerialdirektor Dr. Seiwald: Was soll haben sich die Herren nicht an die vorzulegende Beschränkungen, den Militär- oder Befehlshaber in Berlin, gemandt? Das ist überflüssig als hier im Hause aufzudecken. Wieser hindert dort

32 Beschlüsse eingelesen.

4 sind noch nicht erledigt, 6 abzuweisen. Alle übrigen hatten Erfolg.

Abg. Benfstein (Unabh. Soz.): Unter der Zensur leidet am meisten der Schriftsteller. Man weiß nicht, was in Deutschland regiert, wer über das Schicksal des Volkes bestimmt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Die Rede des Staatssekretärs des Innern fand an dem Niveau des Reichstages an der Befestigung der Sozialdemokratie. Wir bedauern am meisten, daß Anlaß zu solchen Beschränkungen vorliegt.

Staatssek. Helfferich: In der Kommission sind wertvolle Beratungen für den Kriegszustand erörtert worden. Es ist zu bedauern, daß einzelne Beschlüsse hier benutzt werden, um vor der ganzen Welt unsere Zustände als Schreckensregiment zu denunzieren. Es ist unerhört, daß in dieser ersten Zeit solche Worte aus deutschen Mäulern gesprochen werden können. (Anru.) Wenn der Abg. Benfstein jeden Frieden lieber liebt als die Fortdauer des Krieges, so werde ich ihn nicht. Lieber wollen wir zurückerufen als einen schändlichen Frieden schließen. (Gehr richtig.) Für die Leistungen unserer Truppen lobt der Herr Benfstein und Dittmann jedes Verständnis. Ich habe einen Selbstkritik mit vielen Anmerkungen von Manuskripten erhalten, in dem es heißt, wir sollten die Herrschaft nur einen Tag in den Händen behalten. (Anru.) Abg. Arendt (D. Fr.): Die Worte über die wunderbare Heldenmut unserer Väter unterstreiche ich durchaus, aber ich werde nicht, wie Staatssekretär Helfferich für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes eintreten kann.

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.): Einen schändlichen Frieden wird auch Herr Benfstein nicht. Das Beschlüsse sollte gewandt werden. Die Beschlüsse ist verfassungswidrig.

Damit schließt die Aussprache.

Die Resolution betr. den Kleinwohnungsweien wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Innern wird erledigt.

Morgen 10 Uhr: Anträge, Interpellationen, Fortsetzung der Etatsarbeiten.

Schlus 14 Uhr 6 1/2 Uhr.

zu binden. Als er sich wieder aufrichtete, war sein Gesicht sehr rot. „Weißt du, Daniel“, sagte er, „es kostet die Strafe oft genau so den Kopf wie die Miße. Nur ich's da immer schwerer, wieder gutzumachen. Wenn du keine Rosenfäden ansehest — obgleich ich sie alle mit gleicher Sorgfalt pflege — es sind doch manche darunter, die mir keine rechte Freude machen wollen. Weg damit, sag ich mir oft. Aber dann verliere ich's dennoch immer wieder und hal's es nicht erlitten, daß mir die Fäden nicht so schön sind.“ Er ließ sie los. „Einmal nur, Daniel, hab ich einen ausgegriffen. Den machst mir kein Vergnügen wieder blühen!“

„Ehe wachte ich ab. Sie hatte wieder Augen — als hätte sie aus dem ersten Wort ihres Vaters mich herausgehört, als es lagen wollte. Schweigend nicht sie gegen Daniel hin und trat ins Haus.“

Auch Daniel Lach blieb stumm. Eine Weile sah er die Tür an, in der das Mädchen verschwand war. Dann wandte er mißmutig das Gesicht zu Berlens, der mit zitternden Händen einen Rosenfaden zu umwickeln begann. „Ich sehe, Papa, daß du es eilig hast mit der Arbeit. Da will ich nicht länger bleiben. Guten!“ Daniel ging mit raschen Schritten gegen die Straße.

Berlens richtete sich auf und sah ihn nach und schüttelte den Kopf.

Epitaphenmärchen schwammen in der klaren Luft und legten gierliche Kette um die verflüchten Rosenfäden und den weissenen Fieber.

Am Nachmittag kam von Altenberg her ein kleines Wagenpaar gerattert. Zwei Jäger zogen daran und rissen es vorwärts, als ob es eine Wehrkraft gepolten hätte. Es war auch wirklich ein Rennen, das sie da austragen, mit einem pelzigen Reiter, der einen Falben ritt — immer eine Herabgabe vor dem Gesicht. Niemand sah ihn. Aber der Doktor, der im Wagen fuhr, sah, daß der Reiter ihm heute wieder einen Menschen abgeben würde; ihn, wie sah, als läge er den hartnäckigen Begleiter selbsthaftig, wie er mit der kühneren Faust ein Stundengeld emporhob und rief: „Weglaufen!“

Vorbei an Berlens' Schweigendem Rosenfaden ging's, vorbei bei Gottwald's seltsamen Haus, immer zu nach Ranglen. Die Bauern, die den Doktor schon sahen, nickten stumm vor sich hin — sie wußten, woher es ging. (Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Eggenzell Michaelis über die Ernährungsfrage.

a. B. Berlin, 14. Mai. Der preussische Staatskommissar für Ernährungsfragen Eggenzell von Michaelis hat bei dieser Tage dem Vertreter einer neutralen Zeitung eine bemerkenswerte Unterredung gewährt. Die Ausführungen des Staatskommissars gipfeln in der Feststellung, daß das Ergebnis der Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar tatsächlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Die unter Zustimmung militärischer Vorgesetzter durchgeführte Nachprüfung habe indessen ergeben, daß das Durchschnittsergebnis mit unter 30 Proz. unter dem Bedingungsfall der 100 sei. Von Rumänien hätten wir bis zum 15. Juli etwa 250 000 Tonn an Brotgetreide zu erwarten. Für die kommende Ernte werden militärische Hilfskräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Das als Ersatz für Superphosphat in zunehmender Aufnahme kommende Thomasmehl lasse die Befürchtung gänzlich unbegründet erscheinen, daß wir in diesem Jahre einen empfindlichen Mangel an künftigen Dünge-mitteln zu spüren bekommen könnten.

Halle und Umgebung.

Halle, den 15. Mai 1917.

30. Landtag der Provinz Sachsen.

Wie bereits drüßlich gemeldet, trat gestern vormittag der Provinziallandtag im Ständehaus in Verlesung zusammen. Den Vorsitz führte als Präsidiumskommissar der Despräsident der Provinz Sachsen, Graf Freiherr v. Hegel. Er eröffnete die Tagung mit einer kurzen Begrüßungsansprache im Namen der Kgl. Regierung und wies dann auf die außerordentliche Bedeutung der Fragen hin, womit der Landtag sich diesmal zu beschäftigen habe. Von größter Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der Provinz sei namentlich die Regelung und Neugestaltung der Elektrizitätsversorgung, und er zweifle nicht, daß der Landtag diese Frage in dem für die Provinz und der Allgemeinheit besten Sinne lösen werde. Zum Schluß brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Krieg bald ein Ende nehmen möge, daß bald ein Friede eintreffe, der Deutschlands Zukunft für immer verbürgt.

Die Würde des Alterspräsidenten bekleidete wieder Graf v. Wartensleben. Er dankte den Abgeordneten für das ihm erwiesene Vertrauen und brachte ein Hoch auf König und Heer aus, das starken Widerhall fand.

Nach Erledigung einiger Wahlen und gefälliger Anträge schied man dann in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betraf die

Förderung der elektrischen Ueberlandbahnen in der Provinz Sachsen.

Es lag folgender Antrag vor:

Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die vom Provinziallandtag der Provinz Sachsen am 7. März 1896 und 1. März 1902 festgelegten Grundzüge für die Förderung des Kleinbahnwesens in der Provinz Sachsen gelten außer für nebenbahnhafte Kleinbahnen auch für Ueberlandbahnen, die lediglich dem Personenverkehr dienen.

Bei der Begründung des Antrages führte Landeshaupmann Herr v. Wilmsowki aus, daß das Kleinbahnwesen eine Entwicklung genommen hat, die zu der Zeit, als die erwähnten Beschlüsse gefaßt worden sind, noch nicht übersehen werden konnte. Abgesehen von den städtischen Straßenbahnen, die nur dem örtlichen Verkehrsbedürfnis dienen, haben sich die Kleinbahnen, soweit sie mehrere Orte verbinden, im Laufe der Zeit nach zumeist Richtung hin entwickelt. Die eine umfaßt die städtischen Straßenbahnen und solche Unternehmungen, welche trotz Verbindung von Nachbarorten infolge ihrer hauptsächlich Bestimmung für den Personenverkehr in ihrer baulichen und Betriebsrichtung den städtischen Straßenbahnen ähnlichen Charakter haben. Der zweiten Klasse sind diejenigen Kleinbahnen zuzurechnen, welche darüber hinaus den Personen- und Güterverkehr von Ort zu Ort vermitteln und sich bei nach dem Gesetz über Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1888 strengsten Anforderungen nähern. Diese Bahnen werden als nebenbahnhafte Kleinbahnen bezeichnet.

In den ersten Jahren der Entwicklung des Kleinbahnwesens wurden in unserer Provinz fast ausschließlich nebenbahnhafte Kleinbahnen gebaut, um Landwirtschaft treibende Bezirke der Provinz, die wirtschaftlich zurückgeblieben waren, zu fördern. Dem Provinzialverband unterliegt bis heute im ganzen 24 derartige Kleinbahnunternehmungen im zustande gekommen, die mit einem Anlagekapital von mehr als 35 Millionen Mark arbeiten. Die gesamte Länge dieser Bahnen beträgt rd. 700 km. Es ist kaum fernzuden zu erwarten, daß weitere derartige Kleinbahnen unterliegt und gebaut werden. Die Bearbeitung und Förderung der noch in großer Zahl vorliegenden Entwürfe hat aber durch den Krieg leider eine Unterbrechung erleiden müssen. Die andere Art der Kleinbahnen, die, soweit es nicht städtische Straßenbahnen sind, als elektrische Ueberlandbahnen bezeichnet werden, sind bisher in unserer Provinz nicht in größerem Umfang gebaut worden. Ein besonderes Bedürfnis für solche Bahnen lag in der Vergangenheit auch nicht vor. In den letzten Jahren ist aber hierin eine merkbare Wendung eingetreten. Vor dem Kriege und besonders während des Krieges hat sich in unserer Provinz in sehr erheblichem Umfange Großindustrie niedergelassen und Braunkohlen, wie Raiffeubergbau stark entwickelt. In einzelnen Orten, wie in Wittenberg, Merseburg, Erfurt und anderen, sind in kurzer Zeit große Arbeitermassen zusammengelassen, ohne daß die Möglichkeit besteht, ausreichende und zufriedenstellende Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Im Interesse der Arbeiter und der Industrie liegt es aber nicht, wenn in der Nähe der neuen großen Werke Arbeiter in großer Zahl in Kolonien, wie sie Not und Spekulationsfieber entstehen läßt, untergebracht werden müssen, sondern es muß erstrebt werden, die Bildung solcher Arbeiterstädte zu vermeiden und den Arbeitern und Beamten der neuen Industrien die Möglichkeit zu geben, sich in ländlicher Umgebung gesunde und angemessene Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Dieser Wunsch hat bei dem Bedürfnis nach elektrischen Ueberlandbahnen bei denen, die mit den Schwierigkeiten der neuen Entwicklung zu kämpfen haben, in erheblichem Umfange wachgerufen. Große Gewinne pflegen aber Ueberlandbahnen, die im wesentlichen nur dem zu bestimmten Zeiten auftretenden saisonalen Arbeiterverkehr dienen, nicht abzuwerfen, so daß

das Preisrisiko nach den Erfahrungen, die mit bestehenden Unternehmungen gemacht sind, bei derartigen Gründungen zurückhaltend ist. Bei der sozialen Bedeutung, welche alle derartigen Ueberlandbahnen haben, sollte aber auch in der Provinz Sachsen darauf gesehen werden, daß sie wirtschaftlich gebaut werden, damit schon beim Entstehen neuer Industrien die abklingende Frage der Arbeiter in günstiger Richtung beeinflusst werden kann. Es liegen zurzeit Entwürfe auf Unterlegung solcher Bahnen vor und für die Zukunft sind nach der Entwicklung in unserer Provinz noch weitere zu erwarten.

Mit Rücksicht darauf, daß bisher nur nebenbahnhafte Kleinbahnen unterliegt sind und zur Zeit der Beschlüsse des 16. und 20. Provinziallandtags an elektrische Ueberlandbahnen und ihre gegenwärtige Bedeutung nicht gedacht werden konnte, glaubte der Provinzialauschuß, obwohl er nach der Begriffsbestimmung der „Kleinbahnen“ formell wohl berechtigt gewesen wäre, ohne weiteres derartigen Anträgen nicht entgegen zu können. Der Provinzialauschuß sieht auf dem Standpunkt, daß in gleicher Weise wie bei den nebenbahnhafte Kleinbahnen, wo im wesentlichen nur wirtschaftliche Interessen der Einwohner der Provinz maßgebend sind, es als Aufgabe des Provinzialverbandes angesehen werden muß, auch elektrische Ueberlandbahnen zu unterlegen und die Beschlüsse des Landtages darauf anzuwenden, zumal es sich hier nicht um die Förderung wirtschaftlicher, sondern um die soziale Frage von großer sozialer Bedeutung handelt. Besondere Mittel sind zur Ausführung der beantragten Beschlüsse zurzeit nicht erforderlich, da aus den zur Förderung des Kleinbahnwesens bereit gestellten etatsmäßigen Mitteln in Höhe von 14 Millionen Mark gegenwärtig noch mehr als 3 Millionen Mark verfügbar sind.

Der Antrag wurde ohne Debatte in der ersten und zweiten Beratung angenommen.

Satzungsänderungen der sächsischen Provinzialbank.

Die beantragten Änderungen betreffen zunächst den § 9 der Satzung, wonach die Provinzialbank nur von Verbänden und Gesellschaften Einlagen annehmen darf, dagegen nicht von Privatpersonen. Wie in der Begründung des Antrages ausgeführt wurde, entspricht es der wirtschaftlichen Bestimmung, welche sich für die Entwicklung der Bank nicht unbedingt gezeigt hat, lassen zu lassen. Die Bank hat bei ihrer Gründung ein besonderes Betriebskapital — abgesehen von dem fest angelegten Darlehensbestande der ehemaligen Provinzialhilfskasse — nicht erhalten. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten lassen sich leichter überwinden, wenn der Bank gestattet wird, das Depositengeschäft dadurch zu vergrößern, daß sie auch von Einzelpersonen Einlagen annimmt. Von dieser Einschränkung würden vor allem viele Beamte die sich jetzt ihr Gehalt voransahlen lassen, Gebrauch machen. Der vorgeschlagene Zusatzversatz würde auf diese Weise ebenfalls gebildet werden.

Satzungsänderung darf die Bank Grundstücke bis zu 75 Proz. des ermittelten Wertes befehlen, falls eine leistungsfähige Stadtgemeinde für den 60 Proz. übersteigenden Teil der Befehle die Bürgschaft übernimmt. Der Mindestbürgschaftsbetrag in diesem Fall für den 50 Proz. des ermittelten Grundstückswertes übersteigenden Teil des Darlehens zu 1 1/2 Proz. der ursprünglichen Darlehensforderung. Dieser Mindestbürgschaftsbetrag von 1 1/2 Proz. ist unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen zu hoch. Als die Satzung der Provinzialbank herabgesetzt und beschlössen wurde, konnte mit der Ausgabe derartiger Provinzialanleihegebäude, aus deren Erlös die Uebernahme der Hergabe von Hypotheken gewonnen werden, gerechnet werden; nach Beendigung des Krieges wird dagegen voraussichtlich die Ausgabe von fünfproz. Anleihegebühren nicht zu umgehen sein. Dementsprechend werden die Hausbesitzer gezwungen sein, die von der Bank entnommenen Hypothekendarlehen ebenfalls mit 5 Proz. — abgesehen von dem zu entrichtenden Verwaltungskostenbeitrag — zu verzinsen. Eine Tilgungspflicht von 1 1/2 Proz., welche neben einer Verzinsung von 5 Proz. tritt, über die leistungsfähigen der meisten Hausbesitzer übersteigen. Es wird deshalb vorgeschlagen, den Mindestbürgschaftsbetrag auf 1 Proz. festzusetzen.

Im § 4 der Ordnung für die Ausgabe verzinslicher Schuldverreibungen ist bestimmt, daß der Zinssatz der auszugehenden Schuldverreibungen 4 Proz. nicht übersteigen darf. Da nach Beendigung des Krieges sicherlich höher verzinsliche Schuldverreibungen auszugeben werden müssen, wird vorgeschlagen, diese Einschränkung zu beseitigen. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden debattiert in erster und zweiter Beratung angenommen.

Unterstützung von privaten Erbsparungsanstalten.

Sodann berichtete Landeshaupmann Herr v. Wilmsowki über den Antrag, wonach der Provinziallandtag dem Provinzialauschuß ermächtigen soll, privaten Erbsparungsanstalten zur Errichtung von Neubauten oder zur Vornahme von Erweiterungen und Verbesserungen mit 4 p. H. verzinsliche und mit 1 p. H. sowie den Zinsen der gestifteten Darlehensbeträge zurückzahlende Darlehen bis zum Gesamtbetrage von 500 000 Mk. unter der Bedingung zu gewähren, daß das Darlehen hypothekarisch eingetragen wird und den Wert der Grundstücke und Gebäude der Anstalt nicht übersteigt, daß u. a. die Anstalt sich verpflichtet, dem Provinzialverbande zur Unterbringung von Fürsorgepflichtigen eine entsprechende Anzahl ihrer Plätze zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung wurde gesagt, daß bereits von dem 26. und 28. Provinziallandtag zusammen 500 000 Mk. zur Gewährung von Darlehen für die Erweiterung und Neuerrichtung von Erbsparungsanstalten bewilligt worden sind. Die Einrichtung hat sich durchaus bewährt. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel sind jedoch gegenwärtig erschöpft. Die Anzahl der in den Anstalten unterzubringenden Fürsorgepflichtigen steigt aber — auch abgesehen von der außergewöhnlichen hohen Zunahme in den Kriegsjahren — stetig recht erheblich. Die in den Landeserbsparungsanstalten sowie in den privaten Anstalten dem Provinzialverbande zur Verfügung stehenden Plätze reichen zu ihrer Unterbringung bei weitem nicht aus, so daß, wenn der Provinzialverband den ihm durch das Fürsorgeverordnungs-gesetz zugewiesenen Aufgaben gerecht werden will, die Erweiterung der Anstalten oder die Einrichtung neuer einbringendes Bedürfnis bildet. Daß der privaten Anstalten unter den heutigen Verhältnissen die Unterbringung der für Reueinstellungen erforderlichen Geber noch höherer sein wird als früher und sie deshalb auf den Provinzialverband allein angewiesen sind, bedarf einer weiteren Ausführung nicht. Wenn auch in nächster Zeit die Zuzugnahme von Neubauten, von Ausnahmefällen abgesehen, soweit als irgend möglich hinausgeschoben werden wird, ist es im Hinblick darauf, daß von verschiedenen Anstalten, z. B. Reinhold,

größere Bauten geplant werden, und um die Neigung zu solchen Reueinstellungen zu wecken und zu beleben, doch notwendig, daß möglichst bald bestimmte Zulagen wegen der Darlehen der erforderlichen Mittel seitens des Provinzialverbandes gemacht werden können. Auf diesem Umwege wird der Erwerb und die Einrichtung älterer Gebäude für Anstaltszwecke in Betracht.

Sobald die Auszahlung von Darlehen vor Beginn des nächsten Haushaltsjahres angesetzt werden sollte, würde der Betrag bis dahin aus bereits Mitteln entnommen werden können.

Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen erstelt Beschlüsse gegen die Aushebung eines großen Reservelagars in Nordhausen.

Landeshauptmann Herr v. Wilmsowki erwidert, daß diese Maßnahme sich nicht umsetzen lasse. Zimmerhütte sei noch erst am 1. Oktober in Kraft. Bis dahin sei der Krieg noch hoffentlich zu Ende, und dann erledige sich diese Angelegenheit ganz von selbst.

Die Vorlage wurde dann in erster und zweiter Beratung angenommen.

Hierauf gelangte der wichtigste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung, der

Ausbau der Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen.

Der dem Provinziallandtag vorgelegte Antrag lautet: Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Der Provinzialverband übernimmt bis zu 250 000 Mark Mitteln zum Reueintrage von einer zu gründenden „Gesellschaft für Elektrizitätswert Sachsen-Anhalt A.-G.“
2. Der Provinzialverband beteiligt sich mit 1 840 000 Mk. Stammeinlage an der Ueberlandzentrale Sildburg G. m. b. H. zu Merseburg.
3. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, dem Provinzialverband an weiteren Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, in einer Höhe bis zu 3 Millionen Mark zu beteiligen und die Bedingungen hierfür festzusetzen.
4. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, zur Durchführung obiger Beschlüsse durch Vermittelung der sächsischen Provinzialbank Darlehen bis zur Höhe von 7,5 Millionen Mark aufzunehmen und die Bedingungen im einzelnen seinerseits festzusetzen.
5. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, mit dem Königlichen Eisenbahnministerium auf Grund seines Vertragsangebots auf Stromlieferung in Verbindungen einzutreten, einen entsprechenden Vertrag abzuschließen und diesen auf das Elektrizitätswert Sachsen-Anhalt A.-G. zu übertragen.
6. Der Provinzialauschuß wird ermächtigt, namens des Provinzialverbandes für Darlehen von Unternehmungen, die der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, die Zins- und Tilgungsgarantie zu übernehmen und die Bedingungen hierfür festzusetzen.
7. Die Verwaltung der zu erwerbenden Aktien und Gesellschaftsanteile von Elektrizitätsunternehmungen erfolgt nach der in der Anlage beigefügten Ordnung.

Landeshaupmann Linnehoff gab dem Antrag eine eingehende Begründung, wobei er ein allgemein orientierendes Bild über den jetzigen Stand der Elektrizitätsversorgung unserer Provinz entwarf. Er sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die geplante großzügige Neugestaltung des ganzen Elektrizitätswesens im nächsten Jahre mit dazu beitragen werde, die schwersten Wunden, die der Krieg auch unserer Provinz geschlagen habe, wieder zu heilen.

Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen erwidert, daß es unangenehm in der Halle: Ich möchte davon abraten, jetzt unzeitig in die Beratung über das Vorgelegene einzutreten. Bei dieser außerordentlich wichtigen und verzwickten Materie könnten wir da leicht in eine unfruchtbar und ergebnislose Debatte geraten. Ich beantrage deshalb, die Vorlage zunächst in einer sofort zu wählenden Kommission, noch mal eingehend durchzuarbeiten, um dann mit geschätzten Ansparungen und klarem Blick an die Dinge im Plenum heranzutreten zu können.

Oberbürgermeister Reimarus-Magdeburg verpflichtet die Ausführungen des Vorsitzers bei und beantragt ebenfalls Kommissionsbesetzung.

Oberbürgermeister Dr. Contag-Nordhausen vertritt diese Beschlüsse. Doch fanden viele Mitglieder des Hauses der ganzen Angelegenheit noch so unklar gegenüber, daß es zu begrüßen wäre, wenn allen Mitgliedern die Möglichkeit verschafft würde, den Beratungen der Kommission beizuwohnen.

Landeshauptmann Herr v. Wilmsowki erwidert, daß es ohnehin jedem Abgeordneten freistünde, die Beratungen der Kommission anzuhören. Wegen der erwartenden starken Beteiligung würden die Beratungen der Kommission daher im großen Sitzungssaal stattfinden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, worauf sofort die Wahl der aus 15 Abgeordneten bestehenden Kommission erfolgte. Die Kommission wird ihre Beratungen noch am Nachmittag beginnen und am folgenden Tag fortsetzen. Mittwoch früh hofft man die Vorlage im Plenum erledigen zu können.

Der Präsident schloß hierauf die Versammlung und beehrte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 16. Mai 9 Uhr vormittags an.

Der Ausbruch des Städtetages nach Mitte Juni wieder zusammenzutreten. Die deutschen Städte wollen an den badischen, entgeltlichen Abkömmling der Reichsordnungen für das nächste Erntefest einwirken, und dafür eintreten, daß die Regelung bestimmter und unangenehmer durchgeführte wird als in vergangenen Jahren. Außerdem soll die Rohlenverfügung für den nächsten Winter besprochen werden.

Von der Jagd. Für der Umfang des Regierungsbereichs Weidung wird der Beginn der Schonzeit für Wild, Fasel- und Fasanenschieße auf Freitag, den 18. Mai, und der Anfang der Jagd auf wilde Enten auf Sonntag, den 1. Juni 1917, festgesetzt.

Dr. Richard Gammal, Privatdozent für Mechanik an der Technischen Hochschule in Danzig, hat sich umhabilitiert, um als Nachfolger des nach Heidelberg berufenen außerordentlichen Professors Dr. Pfeiffer den Lehrstuhl für angewandte Mathematik an der Universität Halle zu übernehmen.

Beerdigung. Der frühere Oberstaatsanwalt Hermann Reimarus ist zum Leutnant im 102. Artillerie-Regiment beordert worden. Er ist ein Sohn des verstorbenen Gemeindevorstandes Reimarus in Kriegerdorf.

Sturz eines Kindes aus dem Dachstuhl. In dem Hause Nr. 23 ist während der Abwesenheit der Mutter ein zweijähriges Kind aus dem Dachstuhl der Mansarde gestürzt.

Das Kind sollte über das Dach und schief auf das Strafen...
...auf dem Boden liegen.

Saattstoffausgabe.

Diesemal Kleinfächer, die vom Bund zur Erhaltung...
...auf dem Boden liegen.

Provinzial-Nachrichten.

Umgestaltung des hiesigen Werks nach privatrechtlichen Grundrissen.

Beizig, 14. Mai. Die Stadtratsversammlung...
...auf dem Boden liegen.

Die Stadt Nordhausen an Hindenburg.

Der Magistrat und die Stadtratsversammlung...
...auf dem Boden liegen.

Im Haushaltsausschuss des Deutschen Reichstags...
...auf dem Boden liegen.

Das Telegramm kündigt mit dem Worten: Wir bitten...
...auf dem Boden liegen.

Vom Oberberg, 14. Mai. (Die Spinnkassette)...
...auf dem Boden liegen.

Quedlinburg, 14. Mai. (Neuer auf Münchenhof)...
...auf dem Boden liegen.

Vermischtes.

Das des Reichens an die Industriellen Schüsse.

Es wird nachträglich bekannt, dass der Kaiser...
...auf dem Boden liegen.

Lebensmittelfragen in großen Massen gelöst.

Aus Hamburg wird gemeldet: Ein großer Diebstahl...
...auf dem Boden liegen.

Wieder ein falscher Hauptmann.

Die Kaiserliche Strafkammer beurteilt den Schloffer...
...auf dem Boden liegen.

Ein schwerer Bootsunfall.

hat sich, wie aus Glogau gemeldet wird, am Städtel...
...auf dem Boden liegen.

Ein Prinz geboren. Aus Karby (Kreis Sternberg)...
...auf dem Boden liegen.

Genauere Berliner Kontingenzen. Durch rechts...
...auf dem Boden liegen.

Waldzucht von Schweinen. Aus dem Regierungs...
...auf dem Boden liegen.

Hamburg ohne Hochwasser. Wegen Kohlenmangels...
...auf dem Boden liegen.

Eine schwere Mutilat ist Sonnabend abends im...
...auf dem Boden liegen.

Letzte Depeschen.

Eine blutige Niederlage der Serben.

Bulgarischer Bericht.

WB. Sofia, 14. Mai. Generaloberbefehl vom 13. Mai.

Macedonische Front: In der Gegend von Bitola...
...auf dem Boden liegen.

Die „erfolgreiche“ Beschließung von Zeebrügge.

WB. London, 14. Mai. Die Admiralität teilt mit...
...auf dem Boden liegen.

319 Flieger in drei Wochen.

e. B. R. 14. Mai. In den letzten Nachrichten...
...auf dem Boden liegen.

ernstlich in Frage gestellt wird, sofern die Wägung im Monat...
...auf dem Boden liegen.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wochenmittlungsbericht.

Berlin, 14. Mai. In Erwartung der morgigen...
...auf dem Boden liegen.

Am Montagmorgen letzten die folgenden Werte...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Elektrizitätsaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Eisenbahnaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Industrieaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Bankaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Rentenaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Staatsanleihen war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Fremdwährungen war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Goldaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Silberaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Kupferaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Zinnaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Bleiaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Eisenaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Stahlaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Glasaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Porzellanaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Textilaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Lederaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Holzaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Papieraktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Druckaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Buchaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Kunstaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Musikaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Theateraktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Sportaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Kunstaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.

Am Markt der Kunstaktien war der Verkehr...
...auf dem Boden liegen.